



Je besser die Kommissionsarbeit, desto stärker das Parlament

Ein wichtiges Anliegen der Gesellschaft für Parlamentsfragen besteht darin, im Vergleich der verschiedenen parlamentarischen Systeme aufzuzeigen, wie die Arbeitsweise der Parlamente so optimiert werden kann, dass diese ihre verfassungsmässigen Aufgaben effizient und glaubwürdig wahrnehmen können. In diesem Sinne war die Herbsttagung vom 17. September 2005 in Bern dem Thema "Kommissionen" gewidmet. Frau Dr. phil. Ruth Lüthi Blume, stellvertretende Sekretärin des Staatspolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte und bewährte Redaktorin unserer Zeitschrift hielt das Einführungsreferat "Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen?", das Grundlage für die nachfolgende Podiumsdiskussion und für spontane Voten aus der Versammlung bildete. Das Referat und eine Zusammenfassung der Diskussion sind in diesem Heft abgedruckt. Die Beiträge sind im Übrigen auch über unsere Homepage www.parlament.ch/sgp-ssp greifbar und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Frau Lüthi, die sich in ihrer viel beachteten Dissertation ("Die Legislativkommissionen der Schweizerischen Bundesversammlung. Institutionelle Veränderungen und das Verhalten von Parlamentsmitgliedern", Bern 1997) wissenschaftlich mit dem Thema befasst hat, kommt zum Schluss, dass zumindest für das Bundesparlament ein System mit ständigen Kommission am ehesten Gewähr dafür bietet, dass einer starken Regierung ein starkes Parlament gegenüber steht und damit das schweizerische System der Gewaltenteilung so "gelebt" werden kann, wie es der verfassungsrechtlichen Ordnung entspricht. Nach 12 Jahren Erfahrung als Mitglied des Ständerats teile ich diese Einschätzung voll. Ich kann mir schlechterdings nicht vorstellen, wie unser sog. Millizparlament mit ad-hoc-Kommissionen heute noch in der Lage sein sollte, seine vielfältigen Aufgaben aus dem breiten

parlamentarischen Zuständigkeitsbereich eigermassen glaubwürdig und effizient zu besorgen. Es geht eben bei der parlamentarischen Arbeit nicht bloss um die Gestaltung spezifischer Gesetzesvorlagen, sondern immer mehr auch um die Mitwirkung bei der politischen Planung (wie anlässlich der letztjährigen Jahresversammlung erörtert) und um ein proaktives parlamentarisches Controlling, verstanden als Wahrnehmung von politischen Steuerungsaufgaben und als Wirkungskontrolle der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. Unser hochkomplexes Staatsleitungssystem lebt von einer "distanzierten" Partnerschaft zwischen Regierung und Parlament, das seine Ressourcen optimal nutzen muss, um gestaltend wirken zu können und von Regierung und Verwaltung ernst genommen zu werden. Wie Frau Lüthi überzeugend darlegt, braucht es dafür ständige Legislativ- und Aufsichtskommissionen, deren Mitglieder über ausreichendes Fachwissen und über die spezifischen Sensibilitäten im fraglichen Politikbereich verfügen, um nachhaltig als Partner im politischen Entscheidungsprozess wahrgenommen zu werden.

Das System der ständigen Kommissionen hat allerdings auch seine Schattenseiten. Wird die Kommissionsmitgliedschaft nicht angemessen zeitlich begrenzt und damit eine politisch erwünschte Rotation unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern stark eingeschränkt, droht die Entstehung eines "Zweiklassenparlaments", weil die Kommissionsmitglieder einen fachlichen Wissensvorsprung haben und die politischen Weichen in der Regel bereits in den Kommissionen gestellt werden, so dass es einem "gewöhnlichen" Ratsmitglied kaum mehr möglich ist, über Anträge einer grossmehrheitlich einigen Kommission eine substanzielle Debatte im Plenum zu erwirken. Hinzu kommt, dass natürlich nicht alle ständigen Kommissionen politisch gleich wichtig

sind. Das fördert eine Hackordnung unter den Mitgliedern der Fraktionen und kann zu Missstimmung und Frust führen, wenn prestigeträchtige Kommissionsmitgliedschaften nach allzu menschlichen Kriterien vergeben werden. Fachwissen sinnvoll nutzen und fördern und für tunliche Kontinuität sorgen ist zwar gut und stärkt das Parlament, darf indessen nicht dazu führen, dass der politische Diskurs im Plenum zu kurz kommt. Deshalb bedingt ein System mit ständigen Kommissionen eine besondere politische Kultur – nicht nur im Verhältnis zwischen Parlament und Regierung, sondern auch und vor allem innerhalb des Parlaments, namentlich bei der Besetzung der Präsidien und Sitze der Kommissionen, im Zusammenwirken von mehreren vom fraglichen Geschäft betroffenen Kommissionen und im Umgang der einzelnen Parlamentsmitglieder untereinander. Dabei haben auch die Parlamentsdienste eine wichtige Rolle zu spielen.

Es ist deshalb verständlich, wenn namentlich Mitglieder von Parlamenten kleinerer Kantone grosse Vorbehalte gegenüber einem System mit ständigen Kommissionen äussern werden. In der Tat: Was für das Bundesparlament Sinn macht, passt für ein kleines Kantonsparlament möglicherweise gar nicht. Es ist Sache der Kantone, ihr politisches System so zu optimieren, dass ihre Parlamente ihre Rolle weiterhin glaubwürdig spielen können. Das ist ja das Schöne an unserem Föderalismus, wenn er offen ist für Neues und Raum lässt für massgeschneiderte Lösungen und damit – wie es Louis Guisan einmal treffend formulierte -- Garant dafür ist, dass die Politik "à la taille de l'homme" bleibt.



Prof. Dr. Ulrich Zimmerli
a.Ständerat
Präsident SGP

IMPRESSUM

Das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erscheint 3 mal jährlich und wird durch die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen herausgegeben.
Sekretariat der Gesellschaft und Vertrieb: Martin Graf, Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern.
Redaktion: Ruth Lüthi, Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 031 322 98 04.
Produktion: typobox, Christa Krestan, Haffnerstrasse 27, 4500 Solothurn, Tel. 032 621 64 19
Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 28. Februar 2006.
Die von den Autorinnen und Autoren vertretenen Meinungen müssen sich mit denjenigen der Redaktion nicht decken.
Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.
Mitteilungen können direkt an die Redaktion gesandt werden, vorzugsweise per E-Mail (ruth.luethi@pd.admin.ch).

Le bulletin d'information SSP paraît 3 fois l'an et est publié par la Société suisse pour les questions parlementaires.
Secrétariat de la société et distribution: Martin Graf, Secrétariat CIP, Services du Parlement, 3003 Berne.
Rédaction: Ruth Lüthi, Secrétariat CIP, Services du Parlement, 3003 Berne, Tel. 031 322 98 04.
Production: typobox, Christa Krestan, Haffnerstrasse 27, 4500 Soleure, Tel. 032 621 64 19
Délai rédactionnel du prochain numéro: 28 février 2006.
Les avis exprimés par les auteurs sont de leur seule responsabilité et ne reflètent pas nécessairement celles de la rédaction.
Les nouvelles peuvent être transmises directement à la rédaction, si possible par voie électronique (ruth.luethi@pd.admin.ch).

Il bollettino d'informazione SSP viene pubblicato 3 volte all'anno dalla Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP).
Segretariato della Società e distribuzione: Martin Graf, Segretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna.
Redazione: Ruth Lüthi, Segretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna, Tel. 031 322 98 04.
Produzione: typobox, Christa Krestan, Haffnerstrasse 27, 4500 Soletta, Tel. 032 621 64 19
Termine redazionale della prossima edizione: 28 febbraio 2006.
Le opinioni espresse dagli autori non devono collimare con quelle della redazione. Gli autori sono responsabili delle loro opinioni.
Le informazioni possono essere trasmesse direttamente alla redazione, possibilmente per e-mail (ruth.luethi@pd.admin.ch).